

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstag,
Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis vierjährl. 1 M. 30 Pfg., durch die Post
bezogen 1 M. 54 Pfg.

Zensurvermerk Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis
spätestens 12 Uhr angenommen.

Insetionspreis 15 Pfg. pro vergepahte Formulare.

Innenhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg.

Beizanahmen und außerhalb des Bezirks mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff,
sowie für das kgl. Forstamt zu Tharandt.

Volksblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankensteim, Braunsdorf, Burkhardswalde, Großisch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Höhndorf, Kausbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lohsen, Mohorn, Militz, Mölschen, Müngig, Neukirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pöhrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothsdörfchen mit Brüne, Sachsdorf, Schmödewalde, Sora, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechthausen, Taubenheim, Unterdorf, Weistropp, Wildberg.

Druck und Verlag von Arthur Schünke, Wilsdruff. Für die Redaktion und den amtlichen Teil verantwortlich: Hugo Friedrich, für den Inseraten: Arthur Schünke, Seite in Wilsdruff.

Nro. 110

Donnerstag, den 19. September 1907.

66. Jahrg.

An Stelle des verstorbenen Mechanikers Herrn Louis Neugisch in Meissen ist Herr Mechaniker Hermann Schröder in Reihen als **Revisor der pneumatischen Bierdenapparate** für die ländlichen Delikatessen des Amtsgerichtsbezirks Meissen, neben den Gemeinden Wildberg und Niederwartha, jedoch mit Auschluss der Gemeinden Illendorf, Altenhof, Taubenheim, Seeligstadt, Bischofswig d/B, Scherig, Zehren, sowie der auf dem linken Elbfluss nördlich der Zehren-Bomitzscher Straße gelegenen Dörfer, schafft das Meissner Amtsgerichtsbezirk, hier in Pflicht genommen worden.

Meissen, am 12. September 1907.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Donnerstag, den 19. September d. J., nachmittags 6 Uhr

öffentl. Stadtgemeinderatsitzung.

Die Tagesordnung hängt im Rathause aus.
Wilsdruff, am 18. September 1907.

Der Bürgermeister.
Kahlenberger.

Freibank Wilsdruff. Donnerstag, 19. September 1907.

von vorm. 8 Uhr ab, Schwefelstreich. Stob 50 Pfg. Fett 60 Pfg. pro Pfund.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, 18. September 1907.

Deutsches Reich.

Vom Manderscheide weggewiesen
wurde bei Großenungen der französische Brigadegeneral a. D. Gérard aus Nancy. Ein Feldgendarm hatte den ehemaligen französischen Offizier erkannt und führte ihn ohne Aufsehen der Kreisdirektion in Diedenhofen-Ost an, wo der General zunächst einem Verhör unterzogen wurde. Hierauf wurde er mit dem nächstfälligen Barge an die Grenze geleitet, weil er die behördlich vorgeschriebene Ausenthalterlaubnis nicht eingeholt hatte.

Pfarrer Grandinger.

Der bekannte überale Bandtagsabgeordnete Pfarrer Grandinger geriet am Sonntag bei dem Versuch der Gründung einer Dommannschaft Kronach des Bayerischen Landesvereins staatlicher Forstarbeiter in eine gefährliche Lage. Während der Versammlung wurde Grandinger durch den Katholischen Arbeiterverein unter Führung des Kaplanen Rödel aus Kronach schwer bedrängt. Die Versammlung mußte den ersten Saal infolgedessen aufgeben und zog durch die Stadt nach einem neuen Saal. Dort wiederholten sich die Angriffe. Es entstand ein gewaltiger Stadion, und schließlich mußten Gardesoldaten und Polizei einschreiten und den Saal räumen.

Wie das Geld der deutschen Arbeiter verpulvert wird.

Es ist eine alte Laiache, daß, wo nur in der Welt Streiks ausbrechen, sofort deutsches Geld hingelegt wird. Wenn das auf Gegenseitigkeit beruht, könnte man sich ja das erklären; aber die Ausländer denken nicht daran, sich zu revanchieren. So stärkte sich die streikenden Bilder in Warschau der Zentralvorstand der Bergleute 200 Mark, für die Papierarbeiter in Norwegen 2000 Mark. Dazu quält sich doch wirklich nicht der Bergmann, damit Warschau und in Norwegen freie Arbeiter sich einen vergnügten Tag machen können.

Ein heiteres Stückchen vom Streikpostenstehen.

Aus Freiburg i. B. wird der "Deutsche Arbeiterzeitung" folgendes amüsante Süsschen mitgeteilt: Bei der Arbeitsausperrung in der Uhrenindustrie auf dem badischen und württembergischen Schwarzwald wurden von den Streikleitern auch Streikposten beiderlei Geschlechts vor den Fabriken, Bahnhöfen usw. der betroffenen Ortschaften aufgestellt. Ein Fabrikant in Schramberg, der sich anscheinend auch im Kampfe ein menschliches Rühren oder schwäbischen Humor bewahrt, lißt, als er sah, von welcher Gangweile die Leute geplagt wurden, Ihnen eine Bank in den Schatten stellen mit dem Bemerkern, daß sie ja müde würden, wenn sie ohne Arbeit herumstreichen müßten; er sei auch bereit, ihnen noch ein Eisbeken und ein Kartenspiel zu liefern. Ein Schilderhaus vom letzten Mandat stellte er auch zur Verfügung, falls Regenwetter eintreten sollte. Diese Erleichterungen machten sich die Streikposten sofort zunutze, aber nur einen Tag lang; denn es kam sofort die Gegenorder, seitens der Streikleitung, daß beratige Vergünstigungen in Kriegszeiten nicht angenommen werden dürfen.

Ausland.

Die Trourede der Königin Wilhelmina von Holland.

In der Trourede, mit der die Tagung der Generalstaaten eröffnet wurde, gab die Königin ihren besten Wünschen für den Erfolg der Friedenskonferenz Ausdruck, deren wichtigen Arbeiten sie mit besonderem Interesse gefolgt sei.

Die Trourede führt weiter aus, daß der Zustand des Landes und der Kolonien sehr zufriedenstellend sei. Die Beziehungen zu den fremden Mächten seien die freundlichsten. Einwände zur Herbeiführung einer Verfassungsänderung bezüglich des Wahlrechts würden den Generalstaaten vorgelegt. Die Küstenverteidigung soll verbessert werden. Ferner werden angekündigt Vorschläge zur teilweisen Trockenlegung der Bypoor-See, Maßregeln zur Rettung Schiffbrüchiger, zur Liefernahme der Seeinfektionskrankheiten durch den Staat und zur Fleischbeschaffung.

Berurteilung von Revolutionären.

Nach mehrjähriger Verhandlung verurteilte das Stricksgericht in Warschau von 24 Personen, die wegen Bildung eines Kampftumtes der polnischen sozialistischen Partei im Fabrikort Starowicz (Gouvernement Radom) angeklagt waren, 9 Arbeiter zum Tode durch den Strang und 2 zu je acht Jahren Zwangsarbeit. 13 Angeklagte, darunter ein sehr bekannter Arzt und 2 Frauen wurden freigesprochen.

Die Enzyklika über den Modernismus,
welche bereits angekündigt wurde, stellt fest, daß der Modernismus jetzt eine schwere Gefahr für die Kirche geworden, und daß es eine der ersten Pflichten des Papstes ist, gegen diese Gefahr Vorkehrungen zu treffen. In eingehender, knapper Weise zergliedert die Enzyklika den Modernismus und untersucht seine verschiedenen Richtungen in der Philosophie (Agnostizismus und Janauismus), im Glauben (Skeptizismus und Symbolismus), in der Theologie (Anwendung der vorgenannten Richtungen), in der Geschichte und Kunst, und in den Reformen (Radikalismus), welcher die Grundlage der Dogmen der Hierarchie und der Disziplin untergräßt. Aus allem diesem muß der Schluz gezogen werden, daß der Modernismus eine Zusammenfügung aller Neuerungen sei, und daß er folgerichtig zur Gottesleugnung führen müsse. Die zügellose Wiggigkeit und der Ehrgeiz des Individualismus, die Unkenntnaß und Nichtachtung der wahren, katholischen Wissenschaft und der pflichtgemäßen Richten, die Lehe seien es, welche den Modernismus in einen beträchtlichen Teil der Katholiken und selbst des Klerus gesetzt haben. Der Papst erinnert an die Maßnahmen, die Leo XIII. zur Bekämpfung derartiger Verirrungen getroffen hat und ordnet folgendes an: 1. Der Unterricht in der scholastischen Philosophie und Theologie in allen Seminaren und an allen katholischen Universitäten mit Studiengängen für positive Theologie hat in auffällig katholischem Geiste zu erfolgen. 2. Die Modernisten müssen aus der Leitung und dem Unterricht in den Seminaren u. an kath. Universitäten entfernt werden. 3. Die Bischöfe müssen ebenso wie die Delegierten des heiligen Stuhles für die Fernhaltung des Klerus und der Gläubigen von der modernistischen Presse Sorge tragen. 4. In jeder Diözese ist für die Prüfung von katholischen Veröffentlichungen ein Konkurrenzkollegium einzurichten. Ferner wird das Verbot Leo XIII. bestätigt, welches der Geistlichkeit untersagt, ohne die Erlaubnis des Bischofs Beiträge zu redigieren. Die geistlichen Mitarbeiter von Zeitschriften sind zu überwachen. 5. Den Geistlichen ist verboten, Kongresse abzuhalten, abgesehen von sehr seltenen Ausnahmefällen, in denen keine Gefahr des Modernismus, Presbyterianismus und Liberalismus besteht. Hierzu wird die Errichtung eines Überwachungsrates in jeder Diözese gegen die Verbreitung moderner Irrtümer angeordnet, worüber die Bischöfe an den Papst Bericht zu erstatten haben.

Schwere Explosion an Bord eines japanischen Panzerschiffes.

In der Nähe von Kure explodierte am 9. Sept. an

Aus Stadt und Land.

Meldungen aus dem Leistungsfeld für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 18. September 1907.

— Zu den sächsischen Landtagswahlen.
Eine größere Anzahl Wahlmänner verschiedener Berufs-
kreise aus den Ortschaften Werba und Grimmaischau
hat in einer Versammlung Herrn Edwin Schmidt-Zeiberg,
Sekretär des Bundes der Landwirte, als Kandidaten für
die bevorstehende Landtagswahl aufgestellt, da man einer
Kandidatur des schon vorher aufgestellten Gemeindevor-
standes Wunderlich-Niederaltendorf (Loni.) nicht zu-
stimmen könne. Schon bei der letzten Landtagswahl hatte
man in diesem Wahlkreise den Kandidaten Wunderlich
den Regierungsrat SenfARTH in Zweckau entgegengestellt,
der schließlich auch mit knapper Mehrheit zum Landtags-
abgeordnet gewählt wurde.

— Zwei Vorschläge. Der Wahlausschuß für
die Landtagswahl Sachsen in Dresden hat eine Versammlung
abgehalten, in der beschlossen wurde, bei den im 3.
sächsischen Landtagswahlkreise stattfindenden 16 Nach-
wahlen für 50 Wahlmänner die Kandidatur Weglich auf-
recht zu erhalten. In der Versammlung traten zwar
einige Redner dafür ein, daß man von jeder weiteren
Agitation absiehen und eine öffentliche Erklärung erlassen
sollte, in der die Wahlmänner gebeten werden möchten,
nummehr für den nationalliberalen Kandidaten Dr. Vogel
einzutreten. Doch trat man dieser Ansicht entgegen und verlangte, daß
bis zur Hauptwahl die Wahlmänner der Kandidatur
Weglich beizubehalten seien. Mit Bedauern wurde bei
dieser Gelegenheit hervorgehoben, daß trotz der Ver-
einigung der Konservativen und Reformer auf die Kandi-
datur Weglich viele Konservative und reformerische
Stimmen für Dr. Vogel abgegeben worden seien. Die
Anträge, durch deren Annahme die Versammelten ihren
oben gekennzeichneten Willen fundaten, hatten folgenden
Wortlaut: 1. Der konservative Verein in Dresden
wird gebeten, durch seinen Einfluß zu ermöglichen, daß
die konservativen Wahlmänner mit aller Gnädienheit
nur für Herrn Weglich eintreten möchten und 2. sollen
an den Wahllokalen für die Nachwahlen Zettelräder
aufgestellt werden, die den Urwählern wieder Stimm-
zettel für die Kandidatur Weglich auszuhändigen hätten".
Die Geschäftsstelle des Nationalliberalen Deutschen Reichs-
vereins in Dresden veröffentlicht dagegen folgenden Hin-
weis: „Der Wahlausschuß des reformerischen
Kandidaten unter Vorsitz des Herrn Städtebaumeisters
hat am vergangenen Sonnabend beschlossen, seinen Einfluß
dafür geltend zu machen, daß die konservativen Wahl-
männer bei der Hauptwahl nur für den Kandidaten Weglich
stimmen, obwohl dessen Wahl in den Landtag unbedingt ausgeschlossen ist; denn da für Herrn Weglich
in der ersten Wahl nur 18 Wahlmänner gewählt sind,
so könnte er, selbst wenn die Reformpartei in allen 59
Nachwahlen siegen würde, trotzdem nur 77 Wahlmänner
erlangen, also immer noch 10 weniger als für Herrn Dr.